

**Vorbemerkung zum
Positionspapier der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
zur elektronischen Gesundheitskarte
(Stand Februar 2009)**

Die Betreibergesellschaft „gematik“ (Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH) hat auf Druck der Ärzteschaft beschlossen, ein Konzept zur Testung des USB-Sticks als Alternative zur Server-gestützten Datenspeicherung erarbeiten. Dazu ist, so die Erklärung der gematik, *„eine konzeptionelle Bewertung der Forderung zur Durchführung technik- und ergebnisoffener Tests von dezentralen Speichermedien in Patientenhand durchzuführen. Diese könnten vom Patienten als alternative Speicherquellen genutzt werden.“* Die gematik werde dabei unterschiedliche Implementierungen von dezentralen Speichermedien, zu denen auch USB-Sticks gehören, gleichermaßen und ergebnisoffen analysieren. Mit Ergebnissen werde Anfang 2009 gerechnet.

Diese Ankündigung hat bisher keine sichtbaren Folgen gebracht. Soll dieser Beschluss ernsthaft umgesetzt werden, darf auch der angekündigte Rollout der elektronischen Gesundheitskarte und der Lesegeräte in der „Durchstichregion“ Nordrhein nicht wie vorgesehen starten.

Dieser Rollout scheint jedoch nach wie vor geplant, obwohl die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung sich dagegen aussprach. Lediglich Leonhard Hansen, Vorstandsvorsitzender der KV Nordrhein, ist für eine schnelle Einführung der Karte und wird zitiert mit den Worten: *"Der Point of no Return ist erreicht, die Schalter sind unwiderruflich umgelegt."* Nun müsse es möglichst geräuschlos weitergehen.

Die Kosten der Karteneinführung werden allein im Jahr 2009 auf 655 Millionen Euro nur für die Versicherten beziffert. Dazu addieren sich die erheblichen Ausgaben der öffentlichen Haushalte sowie der Leistungserbringer, etwa Arztpraxen, Krankenhäuser oder Apotheken. Der Aufwand für das gesamte Gesundheitssystem wird die Milliardengrenze bereits in der Einführungsphase überschreiten.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert, dass die Testung alternativer dezentraler Speichermedien wirklich erfolgt, bevor durch ein Rollout von eGK und Lesegeräten bereits unumkehrbare Fakten geschaffen werden. Die Einführung der Gesundheitskarte in der bisher geplanten Form muss gestoppt werden. Sie ist ein Experiment mit ungewissem Ausgang.

Positionspapier der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

zur elektronischen Gesundheitskarte

- Die bundesweit flächendeckende Einführung der eGK in der Form, wie sie derzeit in verschiedenen Regionen getestet wird, und insbesondere der Aufbau der Netzwerk- und Serverstrukturen wird von der Fraktion abgelehnt.
- Als Alternative solle anstelle der elektronischen Gesundheitskarte eine dezentrale Lösung (z.B. USB-Stick, der allein in der Verfügung der Patienten ist und keine Serverlösung benötigt,) geprüft werden.
- Einer sicheren und unbürokratischen Anwendung von Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen stehen wir offen gegenüber.

Grundbedingungen hierfür:

- Eine kommerzielle Nutzung von Patientendaten durch so genannte „Mehrwertdienste“ ist abzulehnen.
- Die Entscheidung über den Umgang mit den gespeicherten Daten muss bei der Patientin bzw. dem Patienten bleiben.

Begründung:

Am 16. Juni 2008 führte die Bundestagsfraktion DIE LINKE. ein Fachgespräch zu Fragen der elektronischen Gesundheitskarte durch. Die Beiträge der geladenen Sachverständigen ergaben – wie auch schon zuvor erwartet – kein einheitliches Bild. Sowohl zu Fragen des Datenschutzes und der technischen Sicherheit als auch der Funktionalität und der Anwendbarkeit gab es einerseits fundierte befürwortende / unterstützende, andererseits auch skeptisch / ablehnende Positionen.

Hilfreich für die Findung einer gemeinsamen Positionierung der Fraktion könnten allerdings folgende Statements und Erkenntnisse gewesen sein:

- Die zentrale Datenspeicherung (gleichgültig ob auf 1 oder 5 Servern) und die angestrebte Onlinefunktionalität birgt diverse Sicherheits- und Kostenrisiken, die mit einer bezahlbaren, preiswerten Alternative zu vermeiden sind, nämlich die Verwendung von dezentralen Datenträgern (USB-Sticks o.ä.), die allein in der Verfügung der PatientInnen sind anstelle der eGK
- Von Befürwortern der eGK wird oft ein medizinischer Nutzen für die PatientInnen ins Feld geführt. Doch auch die Vertreter der Gematik bestätigten, dass
 - erstens die Daten auf Grund ihrer Verschlüsselung nicht einer Versorgungsforschung zugeführt werden können und somit die Daten-Aggregation keinen diesbezüglichen Vorteil liefern könne
 - zweitens auch einzelne PatientInnen in absehbarer Zeit keinen zusätzlichen Nutzen durch die eGK haben werden, da die Verknüpfung mit einer elektronischen Patientenakte und weitere freiwillige Funktionen bis auf Weiteres weder in einer Planungs- noch gar Erprobungsphase sei
- Auch die Befürworter der eGK bestätigten, dass somit keine Einsparpotentiale durch eine verbesserte Patientenversorgung zu erreichen seien. Die Kostenneutralität könne nur dadurch hergestellt werden, dass – und dies ist schon kurz- bzw. mittelfristig vorgesehen – sogenannte „Mehrwertdienste“ Gebühren zahlen dafür, dass sie Daten und vor allem Computernetze für eine kommerzielle Nutzung zur Verfügung gestellt bekommen. Diese Investitionskosten für diese Netze sollen jedoch in Milliardenhöhe durch Versicherte und Leistungserbringer vorfinanziert werden.